

Liebe Leserinnen und Leser, im Superwahljahr 2009 werden mit der Wahlentscheidung - von der kommunalen bis zur Europaebene - zentrale Weichen für die Energieversorgung der Zukunft gestellt: Werden die Erneuerbaren Energien weiter ausgebaut oder zugunsten der konventionellen Energien ausgebremst? Im Strombereich wird sichtbar, dass sich die Frage nach der Zusammensetzung des zukünftigen Kraftwerksparks zunehmend zu einer Systemfrage entwickelt. Längere Laufzeiten für Kernkraftwerke und der Neubau von Kohlegroßkraftwerken blockieren den Ausbau der Erneuerbaren Energien. Durch sie werden Stromnetze und Strommärkte verstopft und die flexible Anpassung des Kraftwerksparks an die Bedürfnisse des stetig wachsenden Anteils Erneuerbarer Energien behindert. Intelligente und dauerhaft kostengünstige Lösungen sind aber nicht im Sinne der Energiewirtschaft, die durch die bestehenden Atomkraftwerke täglich 1 Mio. Euro verdient. Gleichzeitig ist noch keine Lösung für die Endlagerung des Atommülls absehbar. Die traurige



Geschichte des Lagers Asse zeigt wiederholt, dass eine wirklich sichere Verwahrung dieser strahlenden Last kaum machbar scheint. Um Argumente für Erneuerbare Energien griffbereit zu haben, haben wir den Inhalt des Faltblatts „Glaubst du das wirklich? - Neue Energie für Deutschland!“ der Arbeitsgemeinschaft Neue Energie für Deutschland im vorliegenden Heft abgedruckt.

Außerdem berichtet Adam Schmitt, Beigeordneter der Stadt St. Ingbert, von der beginnenden kommunalen Energiewende in seiner Stadt, Peter Wünsch stellt dar, wie man sich gegen stetig steigende Energiepreise wehren kann und Christian Bersin bewertet die Studie über das Flächenpotenzial für Fotovoltaik-Freiflächenanlagen im Saarland.

Ganz besonders am Herzen liegt uns natürlich die rege Teilnahme an der Mitgliederversammlung der Energiewende am 9. Juni, bei der der inhaltliche Schwerpunkt Elektromobilität auf der Tagesordnung steht. Hierzu möchten wir alle Interessierten herzlich einladen.

Viel Spaß beim Lesen wünscht Simone Peter

Elektromobilität – Mythen, Potenziale, Umweltauswirkungen

Mitgliederversammlung der Energiewende am 9.6.09 um 19 Uhr im Haus der Umwelt, Evangelisch-Kirch-Straße 8, zum Schwerpunkt Elektromobilität

Es ist mal wieder soweit. Am 9. Juni um 19 Uhr findet im Haus der Umwelt die diesjährige Mitgliederversammlung der Energiewende Saarland e.V. statt. Neben den formalen Punkten, wie Rechenschaftsbericht des Vorstands, Neuwahl des Vorstands usw. – die Tagesordnung wird allen Mitgliedern mit der Post zugesendet – steht das Thema Elektromobilität im Mittelpunkt. Ist der Elektromotor der Ausweg aus der Benzin(kosten)falle? Leistet er einen Beitrag zu mehr Klimaschutz? Das sind Fragen, die derzeit viele Medien und Menschen beschäftigen.

Es ist uns gelungen, zwei fachkundige Referenten zu dem Thema zu gewinnen, die in das Thema einführen und für Fragen und Diskussion zur Verfügung stehen. Horst Juri, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Zukunftssysteme (IZES) wird mit seinem Beitrag „Elektromobilität- Mythos und Potenziale“ grundlegende Fakten darstellen. Dazu zählen der Entwicklungsstand von Hybrid- und Elektrofahrzeugen, Speichertechnologie und Infrastruktur, zu erwartende Auswirkungen auf den Kraftwerkspark und einiges mehr.

Als zweiter Referent wird Professor Dr. Eckart Helmers vom Umweltcampus Birkenfeld seine Untersuchungen über Nachhaltigkeit und Technikfolgenabschätzung der Elektromobilität vorstellen. Damit sollte die Grundlage für genügend Fragen und hitzige Diskussionen über unsere zukünftige Mobilität geschaffen sein. Alle Interessierten (und nicht nur Mitglieder der EW) sind dazu herzlich eingeladen.

Christian Bersin



Adam Schmitt

Beigeordneter der Stadt St. Ingbert für Biosphäre, Lokale Agenda, Abfallpolitik und Verkehr

1998 fiel in St. Ingbert der Startschuss für den Prozess der Lokalen AGENDA 21. Seit dieser Zeit hat sich umwelt- und energiepolitisch einiges getan. Anteil an dieser Aufbruchstimmung hat sicher die Solarinitiative St. Ingbert, die ich 2003 als Gruppe der Lokalen AGENDA 21 initiierte. Motto war: „Solarstadt St. Ingbert, Tor zur Biosphäre Bliesgau.“ Damals wurde der Versuch gestartet, engagierte BürgerInnen, Handwerker und Architekten unter ein Dach zu bringen. Es ist gelungen, über Parteigrenzen hinweg die Diskussion um vernünftigen Umgang mit Energie anzuschieben und zu begleiten.

Das Engagement dieser Initiative hat derzeit den Schwerpunkt Gründung der 1. St. Ingberter BürgerSolargenossenschaft e.G., bei der noch die Eintragung ins Genossenschaftsregister aussteht, aber demnächst zu erwarten ist. In fast allen Fraktionen des Stadtrates finden sich ehemalige Mitglieder der Solarinitiative.

Die Lokale Agenda 21 in St. Ingbert hat viel erreicht auf dem Weg zur Biosphärenstadt, deren Anerkennung durch die UNESCO Ende Mai 2009 erwartet wird. Auch in der Energiepolitik sind endlich Fortschritte zu erkennen, die aus den Arbeitsgruppen der Lokalen Agenda heraus initiiert nun auch in Entscheidungen von Rat und Verwaltung Eingang finden:

- Energetische Sanierung des Rathauses mit Sonnenschutz
- Holzheizwerk auf dem Gewerbegebiet DNA mit Nahwärmeinsel und Anschluss von Rathaus und weiteren Gebäuden
- Verbrennung von holzartigem Grünschnitt aus der Region im Holzheizwerk zur Reduktion der Kompostüberschüsse im Kreis
- Photovoltaik auf allen Grund- und weiterführenden Schulen
- Begleitende Energie-Projekte der Solarinitiative

- im Kindergarten oder in Grundschulen („Energiedetektive“)
- Gründung der 1. St. Ingberter BürgerSolar - genossenschaft (5 kWp finanziert und umgesetzt)
- Gastankstelle, Gasfahrzeuge für Stadt- und Stadtwerke, sogar für ein Müllfahrzeug
- Die Einstellung eines Klimamanagers ist
- Ratsbeschluss, das Einstellungsverfahren läuft
- Eine Klimastudie für die Stadt St. Ingbert wurde als Kooperationsprojekt im Auftrag der
- Stadtwerken durch IZES erstellt. Diese liegt vor und umfasst auch den klimarelevanten Bereich Verkehr.

Natürlich erfordern solche Projekte einen langen Atem und Beharrlichkeit. Durch viele Anträge zu Energiemanagement, Energieverbrauch von Gebäuden und Straßenbeleuchtung, das Einfordern von Nachweisen zu Verbrauch und Kostenentwicklung wurde von mir und weiteren Freunden der Energiewende der Boden vorbereitet. Hinweisen auf „Gute Beispiele“ und Kosteneinsparpotentiale haben letztlich bei Widerstand immer überzeugt. Aber wir haben auch Haushaltsmittel durchgesetzt für die energetische Sanierung außerhalb konkreter Projekte: jeweils 100.000 € für 2007 und 2008. Damit wurde u. a. die Beleuchtung der Bühne der Stadthalle auf bunte steuerungsfähige LED-Beleuchtung umgestellt. Die Arbeitstemperatur für Schauspieler und Musiker wird dadurch erheblich angenehmer. Im Doppelhaushalt 2009 und 2010 sollen die Mittel für Maßnahmen zur Energieeinsparung deutlich aufgestockt werden. Und es ist inzwischen unstrittig, dass die Stadt St. Ingbert ein Energiemanagement braucht.

Die Diskussion in der Stadt hat Firmen und Gewerbetreibenden erreicht, auf vielen Dächern glänzen Solarmodule für Strom oder für Warmwasser. Der ganze Stolz der Stadt ist die neue energieeffiziente Produktionshalle des Pneumatikherstellers FESTO am Standort St. Ingbert Rohrbach. Leuchtturm ist die große Brennstoffzelle, sichtbar platziert als Industriekathedrale neuen Stils zwischen FESTO Lernzentrum und Produktionshallen.

Als Motor der Veränderung fungiert derzeit die Solargenossenschaft, die Beteiligung an einem Photovoltaikprojekt mit einem Sozial - AGIO verknüpft. Die Diskussionen über die Genossenschaft

und ihr Projekt richten immer wieder über die Presse den Blick auf das Thema erneuerbare Energien. Die Genossenschaft ist ein Netzwerk von St. Ingberter BürgerInnen, in das Stadt und Stadtwerke eingebunden sind. Schirmherr ist OB Jung. Die positive Resonanz auf das Projekt in der Öffentlichkeit hat einige Projekte angestoßen. Eine ca. 35 kWp große Photovoltaikanlage (PV) auf dem katholischen Jugendheim St. Josef von Aufsichtsratsmitglied Pfarrer Vogt ist ein solches Projekt. Die PV-Leistung liegt derzeit bei ca. 1600 kWp, bis Ende 2009 ist eine Leistung von über 2000 kWp möglich.

Trotzdem bleibt die Frage nach einer umfassenden Energiewende in der Stadt. Vieles ist noch Stückwerk, Einzelbaustein und keineswegs selbstverständlicher Teil des Verwaltungshandelns. Aber die Energiekosten erzeugen Druck. Wenn in einer Stadt von 38.000 Einwohnern im Nachtragshaushalt 300.000 € zusätzliche Energiekosten erscheinen – ohne Mehrwert für die BürgerInnen. Zusatzkosten in Höhe der Zuschüsse für das

Stadtbussystem. Dann kommt Nachdenklichkeit im Rat auf oder auch beim Kämmerer. Auch Fragen an die Verwaltung erzeugen Druck: Nach der Strategie zur Begrenzung der Energiekosten, nach Maßnahmen zu Energieeinsparung, nach Energiemanagement. Aber dies alles ist noch nicht die Energiewende in St. Ingbert. Es sind Bausteine in einem zähen Prozess, für den es einen langen Atem braucht.

Ein neuer Baustein ist die Klimastudie für St. Ingbert: Vor 2 Jahren von mir initiiert, wurde sie nun endlich von Stadt und Stadtwerken öffentlich vorgestellt. Von der Studie erwarte ich weitere Impulse in der öffentlichen Diskussion, z.B. bei der Umstellung von E-Heizungen oder bei der Straßenbeleuchtung.

Fazit: Es bleibt energiepolitisch spannend in der Stadt St. Ingbert. Aber es bewegt sich nur etwas, wenn die Freunde der Energiewende weiter am Ball bleiben.

Studie über Flächenpotenzial für Fotovoltaik-Freiflächenanlagen im Saarland vorgelegt

von Christian Bersin

12 Flächen mit insgesamt ca. 120 Hektar (ha) Größe auf denen ca. 43 Megawatt (MW) kristalline Solarstrommodule errichtet werden können – das ist das Ergebnis einer Studie des Umweltministeriums und der ARGE Solar zum Flächenpotenzial von Fotovoltaik-freiflächenanlagen im Saarland. Zwei Flächen mit zusammen 12 ha sind vermutlich jedoch nicht zu realisieren, weil das Erneuerbare Energien Gesetz, das Wiesen ausschließt, oder LKW Staub dagegen sprechen. Danach verbleiben also Flächen für ca. 40 MW. Im Vergleich dazu: das Szenario „100% Erneuerbare Energien für das Saarland“ der Umweltverbände Nabu, BUND, IGU Höcherberg sowie Energiewende Saarland und der Firma Juwi hat 2400 MW Fotovoltaikleistung im Saarland gefordert - auf Dächern und Freiflächen wohlge-merkt. Diese würden dann 34 % des Strombedarfs im Land decken und wäre nach Windkraft die zweitwichtigste Stromquelle der Zukunft. Dagegen mutet die Zahl 40 MW gering an. Die Studie kann von Seiten der Energiewende Saarland e.V. deshalb nur als Einstieg in die Thematik verstanden werden. Auch liegen die gemeldeten Flächen in nur sieben Gemeinden.

Darunter sind die energiepolitischen Vorreiter Nalbach und Losheim und das durch die heftige Diskussion um ein Freiflächenkraftwerk in Bliesransbach sensibilisierte Kleinblittersdorf, während 45 Gemeinden offensichtlich keine Flächen vorgeschlagen haben. Hier ist seitens des Ministeriums nachzuhaken, sofern der Wille für einen ernsthaften Ausbau der Fotovoltaik auch auf Freiflächen besteht. Für potenzielle Investoren ist die Studie sicherlich eine schöne Hilfestellung, die hoffentlich schnell zu einem Ausbau führt. Denn das Saarland wird ansonsten in der Solarstromnutzung gegenüber dem Bundesdurchschnitt weiter zurückfallen. Bundesweit wurde laut dem Magazin PHOTON Ende 2007 0,56 % des Strombedarfs durch Fotovoltaik gedeckt, im Saarland waren es zum selben Zeitpunkt erst 0,27 % des Strombedarfs und damit weniger als die Hälfte. Zu hoffen bleibt, dass durch die Studie auch eine Versachlichung der Diskussion in der Bürgerschaft um Fotovoltaikfreiflächenanlagen eintritt, die im Falle Bliesransbach dringend notwendig gewesen wäre.

„Glaubst du das wirklich?“ - Neue Energie für Deutschland!

Ein Auszug aus der Informationsschrift der Arbeitsgemeinschaft Neue Energie für Deutschland. Sie setzt sich ein für den Ausstieg aus der Atomenergie und für eine Vollversorgung mit Erneuerbaren Energien.

Das sind die Fakten

Der Beitrag der Atomenergie zur Weltenergieversorgung: Nur 2%

Die so genannte „friedliche Nutzung der Atomenergie“ wurde in den 1960er Jahren begonnen, erreichte ihren Höhepunkt etwa 1985 und ist seitdem rückläufig. Im Jahr 2008 ging weltweit nicht ein einziges Atomkraftwerk ans Netz. Die Atomenergie trägt heute nur rund 2% zur Gesamt-Energieversorgung der Menschheit bei. Warum eigentlich wird dieser 2%-Technik in der Politik noch eine so große Bedeutung beigemessen?

Der Beitrag der Erneuerbaren Energien: Schon 18%

Schon im Jahr 2006 deckten die Erneuerbaren Energien nach internationalen Statistiken 18% des weltweiten Gesamt-Energiebedarfs (REN 21). Und der weitere Ausbau geht unaufhörlich weiter und kommt mit großen Schritten voran. Die wachsende Konkurrenz um die knappen fossilen Energiequellen zwingt zum raschen Umstieg auf 100% Erneuerbare Energie. Übrigens: Die bisher in Deutschland installierten Windenergieanlagen produzieren zeitweise schon mehr Strom als alle deutschen Atomkraftwerke zusammen. Hinzu kommt noch der Strom aus Photovoltaik- und Biogasanlagen.

Mit einer 2%-Technik löst man das Klimaproblem nicht

Mit ihrem 2%-Anteil löst die Atomenergie weder das Energie- noch das Klimaproblem. Auch der Zubau neuer Atomkraftwerke kann an diesem geringen Anteil kaum etwas ändern: Selbst eine Vervierfachung der Atomkraftwerkskapazität bis 2050 – wie von der Atomindustrie in den Raum gestellt – könnte nur 6% zur angestrebten Halbierung der CO₂-Emissionen beitragen (Szenario der Internationalen Energie Agentur, Juni 2008). Die einzige Alternative: Wir steigen um auf 100% Erneuerbare Energien. Ein solches Energiesystem ist inzwischen ausgereift und in kurzer Zeit realisierbar.

Die Atomenergie kommt uns teuer zu stehen

Atomkraftwerke sind vor allem gut für die Rendite der großen Atomkraftwerksbetreiber. Die deutschen Energiekonzerne RWE, E.ON, EnBW und Vattenfall beispielsweise erhöhen ständig die Strompreise und machten im Jahr 2008 einen Rekord-Gewinn von fast 20 Milliarden Euro. Das sind etwa 240 Euro pro Einwohner, die wir mit unseren Stromrechnungen bezahlt haben. Wichtige Kosten der Atomenergie wie für die Unfall-Haftung und für die Entsorgung des Atommülls werden auf andere verlagert. Die aktuellen Atommüll-Skandale zeigen: Letztlich kommen wir Steuerzahler mit Milliardenbeträgen für die von der Atomindustrie verursachten Folgekosten auf.

Nur Erneuerbare Energien schaffen Arbeitsplätze

In der deutschen Atomindustrie arbeiten nur noch etwa 30.000 Menschen. Zusätzliche Arbeitsplätze werden dort nicht geschaffen. Die hochdynamische Erneuerbare-Energien-Branche hingegen hat in nur einem Jahr (2008) rund 30.000 Arbeitsplätze neu geschaffen. Nach Angaben der Bundesministerien für Umwelt und Wirtschaft arbeiten somit schon 280.000 Menschen in der Branche. Perspektivisch können durch den weiteren Ausbau der Erneuerbaren Energien in Deutschland über eine Million Arbeitsplätze entstehen. Das ist die richtige Antwort auf die Wirtschaftskrise.

Der Atomausstieg führt nicht zu einer Stromlücke

Der „Monitoringbericht“ des Bundeswirtschaftsministeriums zur Versorgungssicherheit im Strombereich vom 11. August 2008 bestätigt: Die deutschen Atomkraftwerke können wie geplant stillgelegt werden. Auch in Zeiten höchsten Verbrauchs, meist im kalten und dunklen Dezember, reicht der Strom jetzt und in Zukunft aus. Das zeigt: Es gibt keine „Stromlücke“. Wir können die deutschen Atomkraftwerke wie geplant abschalten. Sie sind überflüssig.

Die Welt nimmt Abschied von Kohle, Erdöl, Erdgas und Atom

Die fossil-nuklearen Energiekosten steigen

Jahr für Jahr steigen die Preise für den Sprit an der Tankstelle, für die Tickets der Bahn, für das Öl im Heizungskeller, für Strom, Fernwärme und Erdgas. Deutschland war laut Bundeswirtschaftsministerium im

Jahr 2007 zu 71% von Energie-Importen abhängig. Beim Uran zu 100%. Für Erdöl, Erdgas und Importkohle flossen allein im Jahr 2008 rund 81 Milliarden Euro ins Ausland (Dr. Ziesing, Fachmann der AG Energiebilanzen). Hinzu kam der Kapitalabfluss für den Import von Uran. Die knappen fossilen und nuklearen Rohstoffe werden immer teurer, Sonne und Wind hingegen bleiben kostenlos und unerschöpflich. Nur die Techniken müssen bezahlt werden.

Die Erneuerbaren werden billiger

Während die Kosten der fossil-nuklearen Energiewirtschaft in den nächsten 10 bis 20 Jahren weiterhin dramatisch ansteigen dürften, sinken die Kosten für die Erneuerbaren Energien erwartungsgemäß weiter wie in den vergangenen Jahren. Immer mehr Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen wie auch Kommunen nehmen daher das Energie-Geschäft in die eigene Hand. Sie beteiligen sich finanziell an Windenergieanlagen, installieren Solaranlagen, betreiben Biomasse-Anlagen, errichten Geothermie-Kraftwerke und reaktivieren kleine Wasserkraftwerke. Auch die Kraft-Wärme-Kopplung auf der Basis von Erneuerbaren Energien schreitet zügig voran. Eine solche dezentrale Energieversorgung „in Bürgerhand“ ist für die Bevölkerung auf Dauer sehr viel preiswerter als der überteuerte Strom aus den Großkraftwerken der Konzerne.

Neue Kohlekraftwerke sind überflüssig

Nach Angaben des Umweltbundesamtes können kurzfristig 110 Terawattstunden (TWh) Strom pro Jahr ohne jeden Komfortverlust eingespart werden, wenn nur die wirtschaftlich rentablen Energie-Effizienzmaßnahmen durchgeführt werden. Damit sind nach Angaben des Umweltbundesamtes 30 neue Kohlekraftwerksblöcke schlichtweg überflüssig. Das zeigt: Wir können getrost alle Atomkraftwerke stilllegen und benötigen dennoch keine neuen Kohlekraftwerke. Die Wirtschaft muss nur endlich hoch-effiziente Elektromotoren einsetzen und andere Energieeffizienzmaßnahmen durchführen. Dadurch können die Unternehmen nicht nur Strom, sondern auch jede Menge Geld sparen.

100% Erneuerbare Energien in greifbarer Nähe

Was vor Jahren noch von manchen belächelt wurde, wird von den Energiekonzernen RWE, E.On, EnBW und Vattenfall als ungeliebte Konkurrenz gesehen: Die Erneuerbaren Energien erzeugen in Deutschland bereits an vielen Tagen mehr Strom als die 17 deutschen Atomkraftwerke. Die Großkonzerne sind in der Defensive. Sie machen daher beständig Stimmung gegen die Erneuerbaren Energien und nehmen es mit der Wahrheit nicht so genau: Noch in den 1990er Jahren hatten sie behauptet, die Erneuerbaren Energien könnten „auch langfristig nicht mehr als 4%“ zur deutschen Stromversorgung beitragen. Tatsächlich produzierten diese im Jahr 2008 aber schon 15,3%. Einzelne Bundesländer zeigen, wohin die Reise geht: Im küstenfernen Sachsen-Anhalt produzieren Binnen-Windkraftwerke und andere Erneuerbare Energien schon heute mehr als 40% des Stroms. Selbst in Bayern sind es trotz politischer Behinderungen schon mehr als 30%. In ganz Deutschland können die Erneuerbaren Energien in 15 bis 25 Jahren 100% des Strombedarfs decken.

Bürger-Kraftwerke schaffen Energie – rund um die Uhr

Wind- und Sonnenenergie ergänzen sich hervorragend. Wenn die Sonne nicht scheint, dann weht oft der Wind und umgekehrt. Was aber ist, wenn die Sonne nicht scheint und der Wind nicht weht? Schwankungen, aber auch ein Überangebot etwa von Windstrom können über das bestehende Stromnetz ausgeglichen werden. Fehlen Wind und Sonne, können andere Erneuerbare Energien zuverlässig und rund um die Uhr einspringen (sog. „Kombi-Kraftwerke“). Ebenso wie im heutigen Energiesystem Erdöl und Erdgas in großen Tanks bzw. Kavernen und Kohle auf Halde zwischengespeichert werden müssen, sind auch für eine 100%-Versorgung mit Erneuerbaren Energien Energiespeicher erforderlich. Hierfür kommen unter anderem die bestehenden Pumpspeicherkraftwerke in Frage. Schließlich eröffnet sich mit der kommenden Elektromobilität eine hervorragende Chance zur Speicherung von Strom. Da Elektrofahrzeuge – wie jedes andere Auto auch – die überwiegende Zeit stehen, wird deren Batterie an das Stromnetz angeschlossen. Sie können bei Bedarf Strom an das Netz abgeben und bei Stromüberschuss aus dem Netz wieder aufnehmen. Millionen Elektroautos könnten auf diese Weise als dezentrale Stromspeicher dienen und heute noch erforderliche Kraftwerkskapazitäten voll ersetzen. Neben Elektroautos lässt sich mit Elektrobussen und schon vorhandenen elektrischen Bahnen ein modernes öffentliches Verkehrssystem mit Strom aus Erneuerbaren Energiequellen aufbauen.

Die Wärmeversorgung unserer Gebäude wird künftig immer stärker von Solarwärme (Sonnenkollektoren), Bioenergien und teilweise auch von Windstrom übernommen, so dass der Einsatz fossiler Energien überflüssig wird. Voraussetzung dafür ist, dass die Gebäude vernünftig wärmedämmend werden. Schon heute

liefern die Erneuerbaren Energien mehr als 7% des Wärmebedarfs in Deutschland.

Bürger werden Energieversorger

In Erneuerbare Energien investieren keineswegs nur Umweltschützer, sondern auch viele Menschen und Unternehmen, denen es vor allem um eine zukunftssichere Geldanlage geht. Mit Solaranlagen auf dem Scheunendach sowie mit Wind- und Biomasse-Anlagen haben sich beispielsweise auch schon viele Landwirte ein zusätzliches, existenz-sicherndes Geschäftsfeld erschlossen. Eine gute Rendite ist staatlich garantiert – für jedermann.

Werden auch Sie Energieversorger. Mehr dazu: www.buerger-kraftwerke.de

Eine wichtige Antwort auf die Wirtschafts- und Finanzkrise

Heimische Erneuerbare Energien bewältigen wesentliche wirtschafts- und sozialpolitische Herausforderungen:

- Weil immer mehr Bürgerinnen und Bürger wie auch Kommunen Erneuerbare Energie-Anlagen betreiben, kommt es zu einer breiten Streuung des Eigentums an Produktionsmitteln und somit zu mehr sozialer Gerechtigkeit.
- Kommunen mit Windenergieanlagen profitieren schon heute durch hohe Pacht- und Gewerbesteuer-einnahmen.
- Einkünfte aus Anteilen an Erneuerbaren Energieanlagen können für den Bürger im Alter die ente aufbessern.
- Die Windenergie trägt an der Leipziger Strombörse schon heute zur Stabilisierung bzw. Senkung der Strompreise bei. Während Öl, Gas, Kohle und Uran wegen der zunehmenden Verknappung immer teurer werden, fallen seit Jahren die Kosten für Solarstrom. Einer Prognose des Bundesverbandes Solarwirtschaft zufolge soll die Kilowattstunde Solarstrom vom eigenen Dach schon ab etwa 2015 günstiger sein als der Strompreis, den ein Endverbraucher für die konventionelle Kilowattstunde aus der Steckdose bezahlt.

Erneuerbare schaffen Frieden

Keine Energie-Abhängigkeit vom Ausland

Weil die großen Energiekonzerne die Energiewende seit 30 Jahren blockieren, ist Deutschland heute zu rund 71% abhängig von Öl-, Gas-, Kohle- und Uran-Importen. Und die Energie-Rohstoffe werden – wie erwartet – weltweit immer knapper, teurer und umkämpfter. Schon jetzt werden Kriege um Öl geführt. Die „Sicherung eines ungehinderten Zugangs zu Energie“ ist auch in den Mittelpunkt der deutschen Außenpolitik gerückt. Im Namen einer „Energie-Außenpolitik“ soll die Bundeswehr weltweit „deutsche Interessen“ vertreten. Längst sind deutsche Soldaten überall dort im Auslandseinsatz, wo es Öl, Gas oder andere knappe Bodenschätze gibt: Im Nahen und Mittleren Osten sowie in Afrika. Für immer ausgedehntere Auslandseinsätze – und weil die Rüstungsindustrie ihre Profite steigern will – wird in Deutschland und Europa massiv aufgerüstet. Selbst der Erst-Einsatz von Atomwaffen wird angedroht.

Keine Kriege mehr um Erdöl und Erdgas

Einzelne Politiker in Deutschland und in den USA warnen bereits vor der Zunahme brutaler Rohstoff-Kriege. Der frühere US-Verteidigungs- und Energieminister James Schlesinger sagte: „Wenn es einen Dritten Weltkrieg gibt, dann wird er um Energie und Rohstoffe gehen.“ Den Politikern ist sehr wohl bewusst, dass Rohstoff-Kriege überflüssig sind, wenn man sich im eigenen Land vollständig mit Wind- und Solarenergie und anderen Erneuerbaren Energien versorgt. Es gibt dann keinen Grund, Soldaten in andere Länder zu schicken, um dort den Zugriff auf Öl, Gas, Kohle oder Uran mit militärischer Gewalt zu erzwingen. Entscheidend ist die Versorgung mit heimischen Energiequellen. Dann müssen auch keine Öltanker mit Kriegsschiffen verteidigt und keine Gas-Pipelines mit Kampfflugzeugen gesichert werden. Erzeugt man den Solarstrom mit bürgereigenen und kommunalen Anlagen vor Ort statt – wie von den Energiekonzernen gewünscht – in der Sahara, dann gibt es auch keine Konflikte um Kraftwerke in der Wüste und um die Lieferung von Wüstenstrom nach Mitteleuropa. Das Ziel muss sein, die Energie-Abhängigkeit vom Ausland zu beenden. 100% Erneuerbare Energie ist also ein Gebot der Friedenspolitik. Energie-Autonomie, die Gewinnung Erneuerbarer Energie vor Ort, ist der zentrale Schlüssel für eine friedlichere Welt.

Beteiligen auch Sie sich deshalb an „Friedens-Solaranlagen“. Mehr dazu: www.buergerkraftwerke.de

Keine Heimat-Zerstörung mehr durch Braunkohle- und Uran-Abbau

Für die Gewinnung von Braunkohle und Uran im Tagebau werden weltweit Menschen vertrieben und Naturräume großräumig zerstört. Menschen verlieren ihre Heimat. Die Erschließung neuer Braunkohletagebaue durch Konzerne wie RWE schafft Unfrieden in den betroffenen Regionen. Durch den Umstieg auf 100% Erneuerbare Energien werden Kohle und Uran überflüssig. Dadurch entfallen Tagebau und Landschaftszerstörung.

Dezentrale Energieversorgung aus der Region

Studien für verschiedene Bundesländer haben gezeigt, dass sich jede Region in Deutschland vollständig mit Erneuerbaren Energien selbst versorgen kann. Es ist nicht erforderlich, auf die Energie-Ressourcen anderer Länder mit neo-kolonialistischen Methoden zuzugreifen. Eine dezentrale Energieversorgung schafft Unabhängigkeit und Versorgungssicherheit.

Stopp der CO2-Emissionen

Eine Umstellung auf 100% Erneuerbare Energien in allen Wirtschaftsbereichen bedeutet einen Stopp der CO2-Emissionen. Wenn darüber hinaus dafür gesorgt wird, dass großflächig wieder Wälder entstehen und dass eine intensive Humusanreicherung in allen verarmten Böden erfolgt, wird durch diese Kohlenstoff-Rückbindung der CO2-Gehalt der Atmosphäre schrittweise zurückgehen.

Atomkraftwerke machen nur Probleme

Das Atommüll-Problem

An 12 Standorten produzieren in Deutschland noch immer 17 Atomkraftwerke hoch-radioaktiven Atommüll, der für hunderttausende von Jahren sicher von Mensch und Natur abgeschirmt werden muss. Weltweit gibt es aber noch immer kein einziges sicheres und genehmigtes Endlager. Bis heute ist noch kein Kilogramm Kernbrennstoff entsorgt. Das „Versuchsendlager“ Asse bei Wolfenbüttel ist noch nicht einmal 30 Jahre lang dicht geblieben, kostet uns Steuerzahler aber Milliarden Euro.

Das Unfall-Risiko

Alle 17 heute noch laufenden Atomkraftwerke sind sicherheitstechnisch völlig veraltet. Sie würden heute keine Betriebsgenehmigung mehr erhalten, denn ihre mangelhaften Sicherheitsvorkehrungen erfüllen laut Bundesumweltministerium nicht die gesetzlichen Vorschriften. Fast alle deutschen Atomkraftwerke weisen mit ihrem „Containment“ aus Stahl einen gefährlichen Konstruktionsfehler auf. Dieses platzt bei einem Atomunfall vergleichsweise leicht auf, so dass die tödlichen Strahlenpartikel in die Umwelt gelangen können. Heute weiß man, dass das Containment aus Beton oder Stahlbeton sein muss. Bei einem internationalen Vergleich der OECD von 1997 schnitt das deutsche Referenz-Atomkraftwerk hinsichtlich der Kernschmelz-Festigkeit daher am schlechtesten ab. Das Risiko ist real: Wie glimpflich verlaufene Störfälle in den vergangenen Jahren gezeigt haben, sind Atomkraftwerke bereits durch Witterungseinflüsse wie Sturm, Schnee oder Blitzschlag gefährdet. Es kann dadurch zum gefürchteten „Notstromfall“ und infolgedessen zur Atomkatastrophe wie in Tschernobyl kommen.

Das Krebsrisiko

Mit der aktuellen und großen Kinderkrebsstudie des Deutschen Kinderkrebsregisters von 2007 wurde signifikant bewiesen: Je näher ein Kleinkind an einem Atomkraftwerk wohnt, desto größer ist die Gefahr für das Kind, an Krebs, besonders an Leukämie zu erkranken.

Die „Proliferationsgefahr“

Atomenergie ist eine Risikotechnologie, mit der die Gefahr des militärischen Missbrauchs und des militärischen Wettrüstens untrennbar verbunden ist. Wer über die Fähigkeit zur Urananreicherung oder zur Wiederaufbereitung von Plutonium verfügt, ist grundsätzlich auch in der Lage, Atomwaffen herzustellen.

Indien, Pakistan und Nordkorea haben es vorgemacht.

Sie haben ihre Erfahrungen und ihr Know-How aus der vermeintlich zivilen Nutzung der Atomkraft angewandt, um „die Bombe“ zu bauen. Übrigens: Der Kernbrennstoff Uran muss importiert werden. Das macht abhängig. Schon heute werden weltweit Kriege um knappe Energierohstoffe geführt.

Zeit für's Aus

Die deutschen Atomkraftwerke wurden in den 1960er Jahren konzipiert und in den 70er und 80er Jahren gebaut. Viele Rohre sind rostig, Kabel werden spröde. Die Meiler sind so langsam in die Jahre gekommen. Zeit für's Aus.

Deshalb: Schluss mit den Vorurteilen

Vorurteil 1: „Erneuerbare Energien sind unbezahlbar.“

Die Realität widerlegt diese Behauptung: Wir bezahlen den Ausbau der Erneuerbaren Energien schon jetzt. Jeder Haushalt bekommt schon heute etwa 16% seines Stroms aus Erneuerbaren Energien, bezahlte hierfür im Jahr 2007 aber gerade mal 2,20 Euro pro Monat (EEG-Umlage).

Vorurteil 2: „Windenergie lohnt sich nur an der Nordsee, Solarenergie nur in der Sahara.“

Die Energiekonzerne verbreiten diese Fehlinformation, weil sie verhindern wollen, dass die Bevölkerung und die Kommunen das lukrative Energie-Geschäft selbst in die Hand nehmen. Das Bundesland Sachsen-Anhalt liegt weder in Südeuropa noch an der Küste, produziert aber schon mehr als 40% seines Stroms aus dezentralen Erneuerbaren Energien. Erneuerbare Energien lohnen sich überall.

Vorurteil 3: „Für Erneuerbare Energien muss das Strom-Verbundnetz massiv ausgebaut werden.“

Das ist nicht richtig. Wenn Bürger/innen und Kommunen bundesweit auf Gebäuden Solaranlagen und überall im Binnenland Windenergieanlagen installieren, dann sind im Verbund mit dezentralen Stromspeichern zusätzliche Stromverbundtrassen für den Stromferntransport überflüssig. Neue Stromverbundtrassen dienen nur der Absicherung der Marktmacht der großen Energiemonopolisten RWE, E.On, EnBW und Vattenfall, die ihren Strom maßlos überteuert an die Bevölkerung verkaufen.

Demonstration am 5. Sept. 2009

Die großen Stromkonzerne wollen den Atomausstieg und 100% Erneuerbare Energien mit aller Macht verhindern. Um dazu ein Gegengewicht zu schaffen, haben wir Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit, auf die Straße zu gehen. Für den 5. September 2009 rufen Umweltverbände und Anti-Atom-Initiativen unter dem Motto „Mal richtig abschalten“ zu einer bundesweiten Großdemonstration nach Berlin auf.

Mehr Informationen dazu unter: www.anti-atom-demo.de

Herausgeber

Deutsche Sektion der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges, Ärzte in sozialer Verantwortung e. V. (IPPNW) www.ippnw.de, Europäische Vereinigung für Erneuerbare Energien e. V. (EUROSOLAR) www.eurosolar.org, Deutscher Naturschutzring (DNR) www.dnr.de

Wenn Sie auch zu den Unterstützern gehören wollen, nehmen Sie bitte mit Kontakt auf unter: www.neue-energie-deutschland.de

Das Erneuerbare-Energien-Gesetz muss erhalten bleiben

Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) treibt seit Jahren den dezentralen Ausbau der Erneuerbaren Energien „in Bürgerhand“ unaufhörlich voran. Wie die „Financial Times Deutschland“ am 11. Oktober 2007 schrieb, machte das Gesetz „Deutschland zum führenden Industriestaat beim Ausbau einer alternativen Energieversorgung“. Es führte zu einem spektakulären Boom der Windenergie und neuerdings auch der Solarstromerzeugung (Photovoltaik) und zugleich zu einer Reduzierung der Kosten für die Umstellung der Energiewirtschaft. Das Gesetz ist auch international erfolgreich: Es wurde in der Grundstruktur in über 40 Ländern übernommen. Gerade weil das Erneuerbare-Energien-Gesetz so erfolgreich ist, wurde zuletzt im Jahr 2008 der Versuch unternommen, es zu beschädigen. Sollte es im Bund eine politische Mehrheit derer geben, die die Interessen der großen Energiekonzerne bedient, dann ist der Fortbestand dieses wichtigen Gesetzes massiv gefährdet.

Schluss mit den politischen Blockaden

Die unionsgeführten Landesregierungen in Hessen, Bayern, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen verweigern willkürlich Standortgenehmigungen für Windenergieanlagen, obwohl diese den größten Beitrag zu einem kurzfristig realisierbaren Ersatz von Atom- und Kohlestrom leisten können. Das ist verantwortungslos. Ohne diese Blockaden könnte der Anteil der Erneuerbaren Energien in Deutschland schon jetzt sehr viel höher liegen. Die Behinderung der Erneuerbaren Energien muss dringend beendet werden. Die Bauleitplanung muss den Vorrang der Erneuerbaren Energien vorsehen.

Sie haben die Wahl

Wählen

Ein Weiterbetrieb der veralteten und gefährlichen Atomkraftwerke muss aus vielen Gründen unbedingt verhindert werden, auch weil sonst der weitere Ausbau der Erneuerbaren Energien blockiert würde. Wählen Sie für den Atomausstieg und für 100% Erneuerbare Energie und damit für Arbeitsplätze und für Frieden. Wählen Sie nur Kandidatinnen und Kandidaten in den Bundestag, die glaubwürdig für den Atomausstieg und für 100% Erneuerbare Energie eintreten.

Investieren

Nehmen Sie mit Millionen anderen Bürgerinnen und Bürgern die Energieversorgung in die eigene Hand. Beteiligen Sie sich mit rund 1000 Euro an einer Windenergie-Anlage oder mit rund 3500 Euro an einer Bürger-Solaranlage. Damit können Sie Ihren Strombedarf selbst produzieren.

Nähere Informationen: www.buerger-kraftwerke.de

Verteilen

Wenn Sie wollen, dass sich in der Energiepolitik etwas ändert, dann verteilen Sie diese Informationsschrift an Freunde, Bekannte und Arbeitskollegen, in Ihrer Fußgängerzone, auf Veranstaltungen oder am besten in die Briefkästen Ihres Stadtteils bzw. Ihrer Gemeinde.

Sie können diese Informationsschrift gegen Rechnung wie folgt bestellen:

Postalische Bestellung an:

IPPNW, Körtestr. 10, 10967 Berlin, Tel. 030-69 80 740, Fax 030-69 38 166

Online-Bestellung im IPPNW-Webshop: <http://shop.ippnw.de>

Online-Bestellung im Webshop von: www.ausgestrahlt.de

Impressum

IPPNW, Körtestraße 10, 10967 Berlin, Tel. 030-69 80 740, Fax 030-69 38 166,

Email: ippnw@ippnw.de

Spenden-Aufruf

Diese Informationsschrift soll bundesweit millionenfach verbreitet werden. Bitte spenden Sie großzügig auf eines der folgenden Konten, damit dieses Vorhaben gelingen kann.

Kontoinhaber: IPPNW, Konto-Nr. 2222210, Bank für Sozialwirtschaft, BLZ 100 205 00

Stichwort: Neue Energie

Kontoinhaber: EUROSOLAR e. V., Konto-Nr. 404250, Sparda Bank Köln e. G, BLZ 370 605 90

Stichwort: Neue Energie

Das Energieversorgungssystem nachhaltig ändern

von Peter Wunsch

Die Energiepreise steigen stetig an und der dumme Bürger zahlt. Der Ärger wird geschluckt, der Energieversorger sitzt sowieso am längeren Hebel. Doch das ist nur die halbe Wahrheit: Fakt ist, dass Energiesystem und Politik keine eigenständigen Mächte darstellen: Etablierte Versorger fungieren als Geldgeber, dafür lassen ihnen die Kommunen oder der Staat Handlungsfreiheit. Folge dieser Entwicklung ist eine zum Teil unsoziale Abzocke der Energieverbraucher. Dennoch kann jeder selbst entscheiden: Widersetze ich mich oder zahle ich weiter. Möglichkeiten, Monopolen und überhöhten Preisen entgegenzutreten, gibt es mehrere. Am einfachsten ist es, zu kleineren Energieanbietern zu wechseln. Somit wird der Wettbewerb wieder angekurbelt. Hierbei sollte jedoch die ökologische Ausrichtung berücksichtigt werden. Die beste Alternative stellen unabhängige Ökostromanbieter dar. Die andere Möglichkeit ist, den Energieversorgern direkt den Kampf anzusagen, indem man die Preiserhöhungen einfach nicht mehr bezahlt. Wie das funktioniert, erläutert der Bund der Energieverbraucher auf seiner Internetseite www.energieverbraucher.de: Der Verbraucher

erklärt dem Energieversorger schriftlich, dass er die Erhöhung nicht akzeptiert, weil er anzweifelt, dass der Preis wirtschaftlich gerechtfertigt ist. Somit ist das Unternehmen verpflichtet, nachzuweisen, dass der Preis doch billig ist. Dies fällt vielen Anbietern schwer, da sie sich in der Tat nur an den Preiserhöhungen bereichern. Somit kann der Verbraucher weiterhin den alten Preis zahlen. Natürlich gibt es bei dieser Art des Protests einige Punkte, die beachtet werden sollten. Besonders wichtig ist zum Beispiel die Ausdrucksweise im Schriftverkehr mit den Unternehmen. Für diese Details stellt der Bund der Energieverbraucher seinen Mitgliedern Rechtsexperten zur Seite, die für alle Fragen zur Verfügung stehen. Nachdem man sich ausführlich informiert hat, braucht man Geduld und Durchhaltevermögen, da die Energieunternehmen natürlich Proteste nicht einfach hinnehmen. Allerdings sollte man sich klar machen, wie wichtig es ist, sich der momentanen Entwicklung entgegen zu stellen. Nur durch eine Veränderung der Geldströme kann letztlich unser Energieversorgungssystem nachhaltig verändert werden.

Klimaschutztipp – Leitungswasser trinken!

von Christian Bersin

Deutsche sind Weltmeister im

Flaschenwasser-Verbrauch.

Das hat die „Greendex“ Umfrage unter Verbrauchern aus 17 Ländern ergeben. 68 Prozent der Deutschen gaben bei der Umfrage an, täglich abgefülltes Wasser zu trinken - das ist einsamer Weltrekord. In Schweden, dem in dieser

Hinsicht vorbildlichsten Land, sind es ganze sechs Prozent. Die Skandinavier haben anscheinend schon verinnerlicht, was Experten auch in Deutschland immer wieder betonen, dass nämlich Leitungswasser zu den am strengsten kontrollierten Nahrungsmitteln gehört und härtere Vorschriften erfüllen muss als abgefülltes Wasser.

Aber davon abgesehen ist auch die Ökobilanz von abgefülltem Wasser verheerend. Das Wasser muss in die Fabrik transportiert werden, unter hohem Energieeinsatz abgefüllt und von dort aus in Supermärkte gebracht werden. Von dort aus wiederum bringt der Endverbraucher das teure Nass heim - aufgrund des hohen Gewichts meist per Auto. Eine Studie in der Schweiz kam im Juli 2008 zu dem Ergebnis, dass im ungünstigsten Fall das Äquivalent von mehr als 0,3 Litern Erdöl verbraucht wird, um einen Liter Flaschenwasser zum Endverbraucher zu

